

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

Wöchentliche Herausgabe seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

Seiten: 7 Datum: 25. November 2005

WIRTSCHAFT

Das Österreichische Wirtschaftsförderungmodell, ein Beispiel



Letzte Woche überreichte der österreichische Botschafter in Estland, **Dr. Jakob Forst-Battaglia** der Büroleiterin der österreichischen Wirtschaftskammer in Estland, **Maiki Vels** das „goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.“ für ihren Einsatz um die Wirtschaftsförderung Österreichs in Estland. (Im Bild links bei der Ordensverleihung am Freitag voriger Woche) Die Schweiz verfügt zwar über keine Orden, doch Österreich leistet sich in allen drei baltischen Staaten eine **eigene Botschaft**, zusätzlich in Tallinn und Riga sogar einen Honorarkonsul und einen Handelsdelegierten mit Diplomatenstatus welcher für Finnland und die baltischen

Staaten zuständig ist. Ihm unterstellt sind die Niederlassungen in den baltischen Ländern. Die Ausstattung der österreichischen Wirtschaftskammer mit Sitz in Wien, ähnlich unseren



Organisationen **Osec - Business Network Switzerland** sowie **Economie Suisse** zusammen - erfolgt im Wesentlichen durch ein Beitragsobligatorium der österreichischen Unternehmen. Dadurch unterscheidet sich die Wirtschaftsförderung Österreichs auch im Ausland erheblich von derjenigen der Schweiz, deren Aussenstellen ausschliesslich nach dem Subsidiaritätsprinzip arbeiten, teils mit Ausnahme so genannter **Hubs**, wovon beispielsweise in Wien einer existiert, dessen Leiter **Jürg Schweri** (hier links im Bild bei der letztjährigen Herbsttagung in Zürich) gleichzeitig Präsident der Schweizer Dachorganisation www.SwissCham.ch ist.

In einigen Fällen sind die Hubs in die Schweizer Botschaften, beispielsweise in Moskau, integriert, in Wien existiert der Hub separat von der dortigen Schweizer Botschaft. Aber auch der Hub in Wien arbeitet zusätzlich weitgehend nach dem Subsidiaritätsprinzip, d. h. er muss den Grossteil seiner Mittel selber erwirtschaften, was gewiss seine Vor- aber auch seine Nachteile hat. Vor allem wenn es gilt, ordentlich bezahltes Büropersonal zu rekrutieren, dürfte es etwas mehr an materieller Unterstützung sein. Mit Mitgliederbeiträgen allein, lässt sich kaum eine Aussennetzammer finanzieren.

Somit ist stets auch erheblicher Idealismus bei den Akteuren vor Ort erforderlich, denn Handelskammern sind Non-Profit-Organisationen.

Unserem östlichen Nachbarn Österreich stehen ähnlich wie den deutschen Kammern, deutlich mehr Mittel als den Schweizer Aussenkammern für deren Personalausstattung zur

Bewältigung der anstehenden Akquisitionsaufgaben zugunsten der heimischen Wirtschaft zur Verfügung, obwohl Dienstleistungen seitens der Kammern allgemein im Rahmen einer gewissen Gebührenordnung zu verrechnen sind. Grundversorgungsleistungen seitens der Aussennetzammern müssen naturgemäss kostenlos erfolgen, weswegen der Grundversorgungsbeitrag im Schweizer Aussennetz, **dort wo entsprechende Leistungsverträge vorliegen**, eigentlich ausreichend sein sollte, was derzeit wohl in keiner Aussenkammer der Fall ist. Unter Grundversorgung verstehen beispielsweise die Österreicher einen Beratungsaufwand bis zu acht Stunden. Bei uns geht es höchstens um eine Stunde.

Wir können gespannt sein, welche Vorschläge nun unser Wirtschaftsminister, Bundesrat **Joseph Deiss**, demnächst betreffend der Schweizerischen Wirtschaftsförderung im Parlament zur „Vernehmlassung“ einbringen wird. Verschiedene Vorschläge liegen offenbar auf dem Tisch. Inwiefern Wirtschaftsförderungsinstrumente wie **Osec, Sippo, Sofi, Sec** in der Zukunft in einer „konzertierten Aktion“ – also synergetisch - auch im Hinblick auf die Unterstützung des **Aussennetzes** gestaltet werden sollen, wenn die vom Parlament unlängst bewilligten 34 Millionen Franken für die Osec bis 2007, plus diejenigen Mittel welche Organisationen wie Sippo und Sofi vom Bund zur Verfügung stehen, ausgegeben sind; dann wird deutlich werden, wohin die Reise ab 2008 geht. Das letzte Wort hat das Parlament, wobei die Schweizer Wirtschaft und Exportindustrie u .A. ihre Anliegen auch via Economie Suisse, der Wirtschafts- und Industrieverbände und SwissCham sowie deren Partner hoffentlich noch formulieren wird.

Arbeitslosigkeit in Estland zurückgegangen

Die Entwicklungen auf dem estnischen Arbeitsmarkt waren auch im dritten Quartal dieses Jahres positiv. Die Zahl der Beschäftigten ist gestiegen, die der Arbeitslosen zurückgegangen. Der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit war in der oberen Altersgruppe zu vermerken. Die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen ist ebenfalls zurückgegangen. Letzteres ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Studienzeit anfang.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten in Estland betrug im dritten Quartal 611 400 Menschen. Das sind 14 900 Menschen mehr als im Vergleichszeitraum 2004.

Die Arbeitslosigkeit in Estland betrug im dritten Quartal 2005 7%. In Tallinn kann man fast von Vollbeschäftigung sprechen. Dagegen ist die Arbeitslosigkeit in Ostestland, etwa in der Region Narva noch erheblich, was den Durchschnitts National auf die obigen 7% bringt.

Estonian Air fliegt nach Dubrovnik



In letzter Zeit wurde öfters über neue Destinationen berichtet. Diese Meldungen seien ein Zeichen der Öffnung zur Welt und Beweis für die steigende Nachfrage an neuen Destinationen, vermerkt die Estonian Air. Ab April 2006 will die estnische Fluggesellschaft regelmässig die kroatische Stadt Dubrovnik anfliegen. Die regelmässigen Flüge sollen vom 19. April bis zum 28. Oktober zwei Mal wöchentlich, Mittwochs und Samstags, stattfinden.

“Neben den traditionellen Ferienorten in West-Europa haben die Esten auch neue, attraktive Möglichkeiten in Nicht-EU-Staaten entdeckt“, sagte **Mart Relve**, Vize-Präsident der Estonian Air. Flugtickets können schon heute gebucht werden. Auf der Homepage der Estonian Air kostet ein Flug Nach Dubrovnik one way derzeit 1150 EEK (115 Franken oder 74.-EURO).

Durchschnittliches Monatsgehalt im dritten Quartal 7786 Kronen (780.-Franken)

Im dritten Quartal 2005 betrug das durchschnittliche Monatsgehalt der estnischen Arbeiter 7786 Kronen (brutto davon zahlt der Arbeitnehmer 24% Steuern, bei einem Steuerfreibetrag von 2000.-- Kronen). Damit werden durchschnittlich 45,83 Kronen/Stunde verdient (CHF 4.60 bez. 3 EUR/Stunde).

Im Vergleich zum Vergleichszeitraum des Vorjahres ist eine Steigerung des Durchschnittsgehaltes in allen Lebensbereichen zu bezeichnen. In Zahlen: im Vergleich zum dritten Quartal 2004 ist das Gehaltsniveau um 10,9% und der Stundenlohn um 9,4% gestiegen. Höchstes Wachstum verzeichnet der Fischfang mit 25,7%, geringstes Wachstum verzeichnet mit 2% der Bergbau.

Die Europäische Kommission prognostiziert Litauen hohes Wachstum

Laut Prognosen des letzten Berichtes der Europäischen Kommission wird das **BIP-Wachstum** Litauens in diesem Jahr 7% betragen, im kommenden 6.2% und bis 2007 auf 5,8% fallen.

In ihrem letzten Bericht vom April 2004 schätzte die Kommission das diesjährige Wachstum auf 6.4% und das vom nächsten Jahr auf 5.9%.

Die Arbeitslosigkeit soll nach dem Bericht im Jahre 2005 auf 9, bis 2007 aber bis auf 7,5% sinken.

Litauen erfüllt knapp die Maastrichter Kriterien

Die durchschnittliche **Inflationsrate** in Litauen ist während der letzten sechs Monaten auf **2,3% gestiegen**. Mit diesen Zahlen liegt das Land immer noch 0.3% unter den Maastrichter Kriterien (2,6%). **Ricardas Kasperavicius** aus dem Litauischen Finanzministerium sagte, dass die Schätzung der Maastrichter Kriterien auf einer Vermutung basiere, dass der Bericht über Litauens Bereitschaft dem Euro beizutreten, im Juni 2006 erstellt wird. Die letzten Daten über die Inflation würden dann vom April 2006 stammen. "Die durchschnittliche Inflationsrate für die letzten 12 Monate würde den Zeitraum zwischen Mai 2005 und April 2004 decken. Die Hälfte dieser Zeit ist schon hinter uns," sagte Kasperavicius.

Alge Budryte, von der SEB Vilniaus Bankas, sagte, dass weitere sechs Monate noch bevorstünden. Es sei auch nicht endgültig klar, ob der Bericht im Mai oder erst im Juni veröffentlicht wird.

"Die Zahlen für Oktober zeigen eine Inflation von 2.7%, was über den Maastrichter Kriterien liegt. Leider müssen wir auch mit dem Risiko rechnen, dass Litauen die Kriterien nicht erfüllen wird," sagte Budryte. Laut Schätzungen der SEB Vilniaus Bankas werden die Maastrichter Kriterien Mitte 2006 bei 2.6-2.8 % liegen, die Inflationsrate in Litauen aber bei 2.5%.

Letten prägen Eishockey-Münzen



Die Lettische Staatsbank präsentierte die **neue Ein Lat** Münze, welche der im nächsten Jahr in Riga stattfindenden Eishockey-WM gewidmet wird.

Die Münze wurde von dem lettischen Künstler **Artis Rutks** entworfen und in Berlin geprägt. Sie wiegt 31.47 Gramm und hat ein Durchmesser von 38.61 mm.

Gute Prognosen für die lettische Wirtschaft



Die Lettische Staatsbank prognostiziert für das Jahr 2005 ein **Wirtschaftswachstum von 9,3%**. Der Präsident der Staatsbank **Ilmars Rimsevics** (Photo links) sagte: "Angesichts der jetzigen Entwicklungen und der günstigen Situation eine dynamische Entwicklung zu sichern, könnte das diesjährige BIP-Wachstum bei über 9% liegen – nach unseren Schätzungen 9.3%. Sollte das reale Wachstum mit den Prognosen übereinstimmen hat Lettland nicht nur das höchste Wirtschaftswachstum in der EU sondern auch das höchste während der Periode seit der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit." Die diesjährige **Inflation** wird von der Nationalbank allerdings auf **6,7%**

geschätzt. Nationalbankchef Rimsevics zufolge ist die steigende Inflation vor allem auf die Erhöhung einiger administrativ regulierten Preise, wie etwa der Tarife für Heizung in Riga, zurückzuführen.

"Sollte die Regierung es nicht schaffen, die Inflation in Grenzen zu halten, werden die Erwartungen bald in reale Zahlen verkörperlichen und die weitere Entwicklung der Inflation wird zunehmend unkontrollierbar," warnte Rimsevics. Er fügte hinzu, dass es falsch sei, die Inflation nur wegen der Maastrichter Kriterien unter Kontrolle zu halten. "Hohe Inflation ist gefährlich sowohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft. Sie verursacht makroökonomische Risiken und stellt langfristiges Wachstum unter Gefahr. In Ländern mit hoher Inflation ist die langfristige Entwicklung langsamer als in Ländern mit niedriger Inflation. Deshalb sollten Preissteigerungen, ungeachtet der Euroeinführung, vermieden werden", sagte der Nationalbankchef abschliessend.

130000 neue Computer finden in diesem Jahr in Lettland einen neuen Besitzer

Laut einer Studie der lettischen Computerherstellern und Händlern wird die Zahl der in Lettland verkauften neuen Computern auf 130,000, geschätzt. Das sind 30% mehr, als 2004. **Juris Ducens**, Direktor des Hard- und Softwaregrosshändlers "**GNT Latvia**" sagte: "Individualkäufer kaufen mehr Computer als früher. Vor einigen Jahren besaßen nur 5% der lettischen Haushalte einen eigenen Computer. Der Trend zeigt aber auch, dass immer mehr Firmen und Institutionen ihren Computerbestand modernisieren".

Uldis Baumanis von der Firma "**TD Baltic**" sagte, dass diese erfreulichen Zahlen unter anderem auch auf die niedrigen Darlehenszinsen und den einfachen Zugang an Leistungen der Informationstechnologie zurückzuführen seien.

GNT Latvija und TD Baltic gehören zu den drei grössten IT Grosshändlern in Lettland.

In Vilnius wird ein Kempinski Hotel errichtet



Im Zentrum der litauischen Hauptstadt **Vilnius** soll im Jahre 2007 ein 5-Sterne Hotel der internationalen

Hotelkette "**Kempinski Hotels & Resorts**" eröffnet werden. Das neue Luxushotel wird 107 Zimmer, Restaurants, Konferenzräumlichkeiten, ein Business-Zentrum und ein Fitnesszentrum enthalten. Das in einem renovierten Altbau befindliche Hotelgebäude liegt im Zentrum, neben der Kathedrale.

Estnische Staatsbürgerschaft bedeutet freien Zugang in EU-Länder

Laut einer jüngsten Studie des Meinungsforschungsinstituts „*Saar Poll*“ möchten derzeit 61% der Bewohner Estlands ohne Staatsbürgerschaft die estnische Staatsbürgerschaft beantragen. Dabei handelt es sich um rund 140 000 staatenlose Bewohner im 1,38 Millionen Einwohner zählenden Estland auf einem Gebiet von 45 000 Quadratkilometern, also etwas grösser als die Schweiz mit seinen 7,5 Millionen Bewohnern.

13% der Befragten möchten die russische Staatsbürgerschaft, 6% diejenige eines anderen Staates bekommen oder behalten, 17% wollten überhaupt keine Staatsbürgerschaft anstreben und sind mit ihrem jetzigen Status zufrieden, einem Status, welcher Auslandsreisen, auch nach Russland nur mit speziellem Visum erlaubt. Es handelt sich dabei um die Inhaber der sog. grauen Pässe.

Die Studie zeigte deutlich, dass der Geburtsort der Menschen eine wichtige Rolle spielt, welche Staatsbürgerschaft angestrebt wird. Ein grosser Teil (73%) der in Estland geborenen Befragten (Meistens Nachkommen der früheren sowjetischen Russifizierungspolitik) wünschen sich die estnische Staatsbürgerschaft. Von den nicht in Estland geborenen Befragten wünschten sich weniger als die Hälfte die estnische Staatsbürgerschaft. Ein weiterer wichtiger Grund ist das Alter; mit zunehmenden Alter der Befragten wuchs der Anteil jener, die überhaupt keine Staatsbürgerschaft möchten.

Die wichtigsten Gründe, die estnische Staatsbürgerschaft anzustreben waren: sich als vollwertiges Mitglied der Gesellschaft zu fühlen, bessere Chancen auf dem estnischen oder ausländischen Arbeitsmarkt zu haben, eine bessere Zukunft für die Kinder. 54% der Befragten waren überzeugt, dass die estnische Staatsbürgerschaft Ihnen helfen würde auf dem estnischen Arbeitsmarkt konkurrenzfähiger zu sein.

Was würde aber am effektivsten helfen, die zur Beantragung der Staatsbürgerschaft nötige Prüfung zu bestehen? 31% der Befragten waren der Meinung, dass mehr Kurse über das Grundgesetz und das Staatsbürgerschaftsgesetz organisiert werden sollten. Die Estnische Integrationsstiftung plant kostenlose Kurse für 10000 Personen.

Während der Studie wurden 2000 Menschen „ohne Staatsbürgerschaft“ befragt. Bei diesen Menschen handelt es sich um Personen mit ehemals sowjetischer Staatsbürgerschaft, die die estnische noch nicht beantragt oder nicht bekommen haben und damals die Gunst der Stunde zur erleichterten Einbürgerung während der Wende nicht nutzten oder noch nicht nutzen konnten, weil sie noch Kinder waren. Nun entbrannte eine neue Diskussion im estnischen Parlament, vor allem was die estnische Sprachprüfung für integrationswillige, meistens Russen, anbelangt. Die alleinige Amtssprache in Estland bleibt Estnisch.

POLITIK

Gerichtsurteil gegen Ex-Verteidigungsminister Hanson



Das Landgericht des südöstlichen Landkreises *Tartumaa* verurteilte am Dienstag den ehemaligen estnischen Verteidigungsminister und jetzigen Parlamentarier *Margus Hanson* (Reformpartei) zu einer Geldstrafe von 97500 EEK (6250 EUR).

Margus Hanson wird beschuldigt, den Zugang zu Unterlagen mit Staatsgeheimnissen ermöglicht und verloren zu haben. Am 30. Oktober 2004, während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister, nahm Hanson aus dem Verteidigungsministerium drei Staatsgeheimnisse enthaltene Dokumente mit in sein Privathaus in Tartu, das in der darauf folgenden Nacht zum Opfer eines Einbruches wurde. Zu den gestohlenen Gegenständen gehörten unter anderem auch die vertraulichen Unterlagen seines Ministeriums.

Pro Patria gegen die geplante Visaregelung



Die konservative *Pro Patria* (Isamaaliit) ist der Meinung, dass der am Mittwoch im Parlament diskutierte Vorschlag über die Lockerung der Visaregelung mit Russland für Estland gefährlich ist. Mit einem Gesetzesentwurf soll die Pflicht der bisher zur Visumsbeantragung erforderlichen Einladung abgeschafft werden. Die Pro Patria findet, dass die Abschaffung dieses Kontrollmechanismus neue Möglichkeiten für die illegale Einreise schafft und ein erhöhtes Risiko Estlands Staatssicherheit mit sich bringt. „Der Wunsch den Touristenstrom aus wirtschaftlichen Gründen zu aktivieren ist zwar verständlich. Dies darf aber nicht auf Kosten der bisher gegoltenen Kontrollmechanismen und der nationalen Sicherheit geschehen“, steht in einer Pressemitteilung der Partei.

Die neue Regelung würde zu 80% Besucher aus Russland betreffen. „Wir sind der Meinung, dass die Erhöhung von Touristenzahlen auch durch umfangreichere Bearbeitung der Visaanträge erreicht werden kann. Es ist nicht richtig die heutigen Regelungen zu lockern und die Verantwortung der einladenden Person abzuschaffen. Die meisten EU-Staaten gestalten ihre Migrationspolitik strenger um dadurch die Risiken des Terrorismus und des Menschenhandels zu reduzieren. Die gegenwärtige Regierung wolle offenbar die Augen vor diesen Gefahren schliessen, meint Pro Patria.

Litauischer Aussenminister besucht Deutschland



Am vergangenen Freitag besuchte der Litauische Aussenminister *Antanas Valionis* die Bundesrepublik Deutschland. Während des zweitägigen Besuches in Deutschland traf Valionis den FDP Fraktionsvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* und den ausenpolitischen Sprecher der CDU Bundestagsfraktion, *Friedbert Pflüger*. Zur Sprache kamen Themen der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Litauen, Ausbau der Beziehungen zwischen dem Bundestag und dem Litauischen Parlament aber auch aktuelle Themen der EU Innen- und Aussenpolitik.

Im Besuchsprogramm stand ebenfalls ein Vortrag des Ministers Valionis auf der von BMW Herbert Quandt Stiftung veranstalteten Jahreskonferenz *“European Forum Berlin 2005”*. Zu den Teilnehmern der genannten Konferenz gehören einflussreiche europäische Politiker, Geschäftsleute und Journalisten. Das diesjährige Forum war den Themen der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Identität Europas aber auch der EU-Erweiterung gewidmet.

Verhandlungen mit Yukos sollen am Samstag beginnen



Die Verhandlungen zwischen der litauischen Regierung und dem russischen Ölgiganten über den Kauf der Aktienmehrheit an der Ölfabrik *Mazeikiu Nafta* begannen am letzten Samstag. Leiter der litauischen Verhandlungskommission ist Wirtschaftsminister *Kestutis Dauksys*.

Laut der litauischen Tageszeitung *“Lietuvos Zinios”* sei im Moment die wichtigste Frage first-hand Informationen über die Angebote anderer Käufer der 53.7% Beteiligung an der Ölfabrik zu erhalten.

Die Litauische Regierung will die Yukos Aktienbesitze an der Mazeikiu Nafta für etwa 3 Mrd Lit (0,9 Mrd EUR) kaufen und diese zusammen mit dem heute im Staatsbesitz befindlichen 40,6% Anteil an einen strategischen Investor weiterverkaufen. Als bevorzugter Bieter hat die Regierung das britisch-russische Gemeinschaftsunternehmen TNK-BP genannt.

Stankevic – „hört auf, Russland zu kritisieren“



Der Vorsitzende des NATO-Ausschusses im litauischen Parlament, *Vaclav Stankevic* (Sozialliberal), sagte, dass Litauen aufhören sollte den Bau der Gasleitung zwischen Russland und Deutschland zu kritisieren und lieber nach Wegen und Möglichkeiten suchen sollte von dem Vorhaben zu profitieren. Litauen sollte mit Russland über günstigere Gaspreise verhandeln. "Wir schaffen uns keine günstige Grundlage für die

Verhandlungen über die Gaspreise. Der Standpunkt Litauens und der anderen baltischen Ländern ist nicht richtig. Die internationale Staatengemeinschaft hat gesehen und versteht, dass wir ständig Russland kritisieren. Nun haben wir angefangen auch Deutschland zu kritisieren, unseren Verbündeten in der EU," sagte Stankevic der Nachrichtenagentur BNS.

Auf der nächsten Sitzung der baltischen Versammlung soll eine Resolution verabschiedet werden, welche den Protest der baltischen Staaten gegen ihre Missachtung in den Verhandlungen zwischen Russland und Deutschland ausdrücken soll.

Der Resolutionsentwurf schlägt vor, ein Expertenurteil über mögliche, durch den Bau der Gaspipeline entstehenden Gefahren, anfertigen zu lassen. Es wird befürchtet, dass durch den Bau die im Meeresboden der Ostsee liegenden chemischen Waffen beschädigt werden können, was eine Naturkatastrophe auslösen könnte.

"Ich denke, dass die Experten diese Frage nicht beantworten können. Es ist ja auch nicht bekannt, wo die Pipeline verlaufen wird. Andererseits sind es die Russen und die Deutschen selbst, die am besten wissen sollten, wo die Waffen liegen. Sie sind keine Anfänger, die eine Gasleitung durch den Entsorgungsplatz der chemischen Waffen ziehen würden," meint Stankevic.

Anfang September unterzeichneten Russland und Deutschland ein Abkommen über den Bau einer Gasleitung durch die Ostsee. Ursprünglich sollte die Leitung durch Litauen, Lettland und Polen gelegt werden. Litauens Staatspräsident Adamkus, hatte vor kurzem dieses Gasleitungsvorhaben zwischen Deutschland und Russland öffentlich kritisiert.

Litauens Premierminister Brazauskas glaubt an den Euro



Der litauische Premierminister *Algirdas Brazauskas* glaubt fest daran, dass die bisherige Nationalwährung Litas während seiner Amtszeit gegen den Euro getauscht wird und dass der Inflationsdruck den Beitritt zur Euro-Zone nicht hindern wird.

"Der Euro soll von der amtierenden Regierung eingeführt werden. Es bedeutet für uns viel, da das Vertrauen der Investoren in unser Land niedriger ist, als dasjenige in die alten Mitgliedsländer der EU. Der Euro würde uns Vorteile bringen. Er zeigt, dass das Land zuverlässig ist und eine zuverlässige Währung hat", sagte Regierungschef Brazauskas in einem Interview im litauischen Radiosender "*Lietuvos Radijas*".

Auf die Frage, ob nicht ein Referendum über die Einführung des Euro entscheiden sollte, sagte Brazauskas, dass seiner Meinung nach eine Entscheidung des Parlaments reiche.

Die Befürchtungen über die durch die Euroeinführung bedingten Preiserhöhungen bezeichnete Brazauskas als unbegründet. "Diese Zweifel und Befürchtungen sollten vergessen werden. Es ist eine Aufgabe der Regierung und der Zentralbank. Die Menschen müssen besser informiert werden. Wir dürfen auch den festen Wechselkurs zwischen dem Euro und dem Litas vergessen. Das sollte ein Beweis dafür sein, dass die Preiserhöhungen unbegründet sind", sagte Brazauskas.